

Protokollauszug

aus der
48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses - Video-
konferenz
vom 08.12.2021

öffentlich

Top 6.2 4-Phasen-Modell Plantage

Der Oberbürgermeister begrüßt die zahlreich zugeschalteten Gäste und verweist in seinen Ausführungen auf den bisherigen Prozess der Diskussion, der in der Vorstellung des jetzigen Vorschlags im gestrigen Ältestenrat und der heutigen Pressekonferenz mündete. Diese habe er genutzt, um allen am Prozess Beteiligten zu danken. So u. a. bei seinem Büroleiter, Marcel Piest, Herrn Büloff - wissenschaftlicher Mitarbeiter Erinnerungskultur und Gedenken in Potsdam sowie bei den Beigeordneten. Sein Dank geht auch an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Pete Heuer, der den Bedarf für einen Plenarsaal bei Altbischof Wolfgang Huber, dem Vorsitzenden des Kuratoriums der Stiftung Garnisonkirche, ins Gespräch gebracht habe und es mit einer „Heimstatt für lokale Demokratie“ nun eine Nutzungsidee für ein mögliches Kirchenschiff gibt.

Er erinnert an den Ratschlag des ehemaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe „Mut zu haben, nach Kompromissen zu suchen.“, der Maßstab für sein Handeln gewesen sei.

Im Weiteren informiert er an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) über die Ergebnisse der Phase 2.

In einem Design Thinking Prozess entstand der Prototyp „Platz da!“, ein Konzept das zwei Haupterkennnissen folgt:

1. Verständnis und Respekt für die Vergangenheit zu schaffen, um so auch für die Zukunft zu lernen
2. Mitgestaltung und Selbstverwirklichung

und folgenden fünf Konkretisierungen:

1. Selbstzurücknahme der Beteiligten
2. Umgang mit Brüchen
3. Haus der Demokratie
4. Veränderlichkeit und Generationenthema
5. Erbbaurecht Garnisonkirche und Mietmodell Rechenzentrum.

Aus dem vorgeschlagenen „Haus der Demokratie“ ergebe sich die Prüfung von Möglichkeiten, Aufgaben, Angebote und Funktionen zu verlagern und einen Plenarsaal mit unterzubringen sowie ein dafür geeignetes Raumprogramm zu entwickeln. Bezüglich des Punktes 5 betont er, dass dies nicht ausverhandelt sei, da hierzu ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung benötigt wird.

Im Weiteren geht der Oberbürgermeister auf das Gesamt-Finanzierungskonzept ein und avisiert weitere Gespräche zum Erhalt des Mosaiks. „Forum an der Plantage“ sei die Namensempfehlung für dieses Areal, da dieser gemeinsames und gegensätzliches an diesem Ort verbindet.

Als nächste Schritte führt er an:

- Die Grundsatzentscheidung zur Bürgerbefragung
- Die Erarbeitung eines Raum- und Funktionsprogramms in enger Verzahnung mit dem Projekt „Campus LHP“ und in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Bereichen
- Erarbeitung von Ausschreibungsunterlagen für eine Machbarkeitsstudie

entsprechend dem Auftrag der Stadtverordnetenversammlung, DS 20/SVV/0295.

In der sich anschließenden Diskussion merkt Herr Rühling kritisch an, dass der Schatten des Turms, als antidemokratisches Symbol auf den Plenarsaal falle; außerdem wünsche er sich eine Abkehr vom Begriff „Kirchenschiff“.

Der Oberbürgermeister betont, dass es natürlich weitere Diskussionen geben werde, jetzt aber ein Kompromiss erarbeitet wurde, dem sich alle Seiten angenähert haben. Wichtig sei es zu lernen, mit Brüchen und den eignen Vorstellungen umzugehen.

Herr Finken fordert eine Stellungnahme der Stiftung zu dieser „Kehrtwende“ worauf Altbischof Wolfgang Huber, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Garnisonkirche, erläutert, dass die Grundaussage der Stiftung immer die war, für das Kirchenschiff eine Nutzung mit einem entsprechenden Konzept zu benötigen. Das Kuratorium habe bis jetzt keine überzeugende Nutzungsmöglichkeit gefunden. Der Vorschlag sei eine ernsthafte und ermutigende Diskussionsgrundlage für die Entscheidung, das Gelände des Kirchenschiffs dafür zur Verfügung zu stellen. Er persönlich befürworte dies in dem Bewusstsein, dass dies interne Diskussionen auslösen werde.

Dr. Niekisch kritisiert das Motto „Platz da!“ und den Vorschlag, der nicht nach Kompromiss, sondern überraschendem Coup aussehe und viele sich fragen werden, wie sie damit umgehen sollen. Das könne maximal ein Anfang der Willensbildung sein. Auch hätte mit den Künstlern geredet werden müssen, wovon er nicht ausgehe. Die Garnisonkirche stehe auch für Kunst und Kultur; was nicht zu vergessen sei.

Dem widerspricht Prof. Dombert, Vorsitzender der Fördergesellschaft; es erscheine als abrupter Kurswechsel, ist aber kein solcher. Er habe in seiner Funktion als erstes die Satzung der Fördergesellschaft vor 6 Jahren dahingehend geändert, um Kirchenschiff und Turm nicht zwingend erhalten zu müssen und Bewegungsspielräume zu haben. Die Blickrichtung auf die Garnisonkirche sei sehr differenziert, so dass nicht das Trennende, sondern das Verbindende zu betonen sei – und dafür stehe das Haus der Demokratie. Wenn die Stadtverordnetenversammlung das unterstützt, ist das nicht das Ende der Diskussion, sondern dann fange diese erst an.

Frau Dr. Nicolai, HPI School of Design Thinking, erklärt zum Motto „Platz da!“, dass sich dieses darauf beziehe, Raum und Platz zu schaffen für Reflektion und einen anderen Umgang mit der Geschichte. Namen seien nur Worte und veränderbar.

Frau Hüneke zeigt sich außerordentlich beeindruckt von dem Ergebnis; dieses sei sehnsüchtig erwartet worden. Die am Prozess Beteiligten hätten gemerkt, dass unterschiedliche Sichtweisen nicht nur eine Last seien können. Sie begrüße die Idee als eine enorme Chance. Der Ort biete sich an, vergangenes hinter sich zu lassen.

Frau Dr. Zalfen bedankt sich bei allen Beteiligten und betont, dass hier ein Weg gegangen wurde, der deutlich überrascht habe, weil sich der Konflikt an diesem Ort so manifestiert habe, womit im Diskurs mit Respekt und Vorsicht umzugehen sei.

Hier liege ein Vorschlag vor, so Herr Wollenberg der von allen Akteuren gemeinsam getragen werde; das habe man kaum für möglich gehalten. Das müsse nun diskutiert und damit sorgsam umgegangen werden. Er halte den Vorschlag für eine „spannende Idee“.

Herr Finken betont, dass die multifunktionale Nutzung des Stadtraums außer Frage stehe. Die CDU werde sich intensiv mit dieser Situation auseinandersetzen müssen. Seine Nachfrage, ob das Kuratorium jetzt auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung warte, verneint Herr Huber. Absicht sei, im neuen Jahr sobald als möglich eine Kuratoriumssitzung zu organisieren; möglichst vor der Sitzung der StVV im Januar 2022.

Dies, so der Oberbürgermeister war heute der Auftakt, ein erster Austausch. Laut Beschluss der StVV ist nach jeder Phase ein Beschluss zu fassen, so dass eine Vorlage für die Sitzung am 26.01.2022 vorbereitet und vorab dem Hauptausschuss vorgelegt werde. Wenn der Wunsch der

Hauptausschussmitglieder bestehe, könnte am 05.01.2022 eine Sondersitzung ausschließlich zu diesem Thema einberufen werden. Nach einem kurzen Austausch kündigt der Oberbürgermeister an, Terminvorschläge über die Fraktionen zu steuern.